

# Vertraulich

## Erinnerungsvermerk

über die Parteienverhandlungen zur Regierungsbildung am Montag,  
den 4. Juni 1956, 17.00 Uhr.

Anwesende: ÖVP - BK Raab, Nat. Rat Dr. Maleta, VBgmst. Weinberger,  
Min. a. D. Kraus, Nat. Rat Köck, Min. Dr. Kamitz  
SPÖ - VK Dr. Schärff, Min. Helmer, Bgmst. Jonas,  
Nat. Rat Dr. Pittermann, Min. Ing. Waldbrunner.

R a a b eröffnet und schlägt vor, auf Grund des ÖVP-Memorandums Punkt für Punkt neuerlich durchzubesprechen.

S c h ä r f: Und was ist mit unserem Vorschlag?

R a a b: Wir wollen auf Grund des ÖVP-Vorschlages vorgehen und können eventuell die abweichenden SPÖ-Vorschläge bei den einzelnen Punkten diskutieren.

S c h ä r f: Wir haben formal gegen gar nichts Einwendungen

R a a b zählt als Verhandlungspunkte auf: Rundfunk, Heeresministerium, Sparkassen, Ministerium Waldbrunner.

Er beginnt mit Rundfunk und erklärt für die ÖVP, daß sie auf ihrem schriftlichen Vorschlag beharrt und einer Gesellschaftsgründung des Bundes und der Länder zustimmt. Die Totalkompetenz soll beim Bundeskanzler liegen, für das Programm der Unterrichtsminister und für die technischen Angelegenheiten der Verkehrsminister zuständig sein.

S c h ä r f lehnt diesen Vorschlag ab, da dadurch der Rundfunk zu einer Einrichtung der Regierung gemacht und ein Ministerium für das Radioprogramm verantwortlich wird. Die Sozialisten sehen nicht ein, was das Unterrichtsministerium überhaupt dabei zu tun haben soll.

P i t t e r m a n n verweist darauf, daß der Verfassungsgerichtshof bereits in der Kompetenzfrage eindeutig entschieden hat.

R a a b: Das kann man durch ein neues Kompetenzgesetz klären.

S c h ä r f: Wir sind für eine gesetzliche Regelung, aber nicht für eine Unterstellung unter 3 Minister.

R a a b meint darauf, die 3 Minister sollten in einem Komitee zusammenarbeiten.

W a l d b r u n n e r fragt, was ein solches Komitee dann überhaupt machen soll, denn es wird sich ja unter den gegebenen Umständen kaum einigen ?

R a a b antwortet darauf, die Entscheidung soll dem Bundeskanzleramt zugewiesen werden.

H e l m e r: Damit alle Sendungen so wie die des Herrn Bundeskanzlers werden, der sie zu Sendungen des ÖVP-Obmannes gewandelt hat. Noch ärger hat sich Herr Landeshauptmann Steinböck benommen.

R a a b beschwert sich, daß er angeblich erst bei einem Sechserausschuß eine Bewilligung für seine Reden einholen mußte.

W a l d b r u n n e r stellt das in Abrede und fragt ihn, wo und wann soetwas der Fall gewesen ist, doch Raab geht auf keine Details ein.

R a a b kritisiert langatmig das gegenwärtige Programm, das er als unmöglich erklärt, weil sich alle Programmleute darauf einigen, daß alles Politische gemacht wird.

W a l d b r u n n e r erwidert ihm darauf, daß gerade er als der Protektor der Handelskammer auf diese immer stärker werdenden Belangsendungen gedrängt hat.

R a a b beharrt auf der Kompetenz im Bundeskanzleramt für die Durchführung des Rundfunkgesetzes.

S c h ä r f: Das können wir nicht machen, dafür finden wir keinen Grund.

R a a b: Davon können wir nicht abgehen, weil wir das beanspruchen müssen.

Die Stimmung, besonders bei Raab, wird sichtlich gereizter.

R a a b: Also die Kompetenz kommt zum Bundeskanzleramt.

S c h ä r f: Nein.

R a a b: Sie werden zustimmen.

S c h ä r f: Nein.

R a a b: Wir verhandeln doch und Sie können nicht immer nein sagen.

S c h ä r f und H e l m e r fallen ihm ins Wort: Wir sind gekommen um zu verhandeln und nicht ein Diktat entgegenzunehmen.

R a a b lenkt ein und meint, das Ministerkomitee kann die Richtlinien vorschreiben, unter denen das Programm zu machen sein wird.

S c h ä r f: Ist das ein neuer Vorschlag ?

R a a b: Ressortieren muß er beim Bundeskanzleramt und der Bundeskanzler ist verpflichtet, mit den beiden Ministern Einvernehmen über Programm und technische Ausgestaltung des Rundfunks herzustellen. Er soll auch das Gesetz vorbereiten.

Er wendet sich an Waldbrunner: Und die Konzessionen ?

W a l d b r u n n e r will wissen, was man damit meint. Ob man aus den bestehenden Sendern eine einheitliche Gesellschaft machen will und daneben noch Konzessionen für neue Rundfunkgesellschaften gegeben werden sollen ? Er hält das für die Sozialisten als unannehmbar, weil man nicht erwarten kann, daß dann der Wiener Sender sich in diese Gesellschaft einbaut, seine Selbständigkeit damit verliert und dann daneben private Gesellschaften von kapitalkräftigen Kreisen aufgebaut werden, die unkontrolliert Propaganda machen können.

K a m i t z: Lassen Sie das nur entwickeln, die Gesellschaften werden sich schon bilden und durchsetzen.

W a l d b r u n n e r: Das glaube ich schon, denn der Industriellenbund wird schon genug Geld für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung einsetzen.

K ö c k meint, das könnte ja auch der Gewerkschaftsbund eventuell tun.

P i t t e r m a n n und W a l d b r u n n e r bemühen sich vergeblich, die Absichten der ÖVP-Seite zu klären und schließlich lenkt

R a a b ab, indem er meint, das ist eine sekundäre Frage. Primär geht es um die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes in Rundfunkfragen.

S c h ä r f: Sie können es noch 10mal sagen; wir machen es nicht.

R a a b: Wir können von dieser Forderung nicht abgehen.

K a m i t z mischt sich neuerlich in die Diskussion und tritt sehr scharf für die Kompetenz des Bundeskanzleramtes ein.

R a a b erklärt, daß endlich eine neutrale Stelle die Entscheidung im Rundfunk haben muß und darum die ÖVP die Kompetenz des Bundeskanzleramtes fordert.

Die Sozialisten stimmen ein Gelächter an.

P i t t e r m a n n: Die Neutralität des Bundeskanzlers ist von sozialistischer Seite stark bezweifelt.

R a a b erwidert, der Wahlkampf ist um das Waldbrunner-Ministerium gegangen und das muß sich auch im Verhandlungsergebnis zeigen. Wir werden die Formulierungen des Vorschlages etwas ändern, aber an der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes halten wir fest.

Es ist bereits 18 Uhr als

R a a b auf das Heeresministerium übergeht. Er erneuert den Vorschlag, in Personalsachen Innenminister und Heeresminister gegenseitig verantwortlich zu machen.

S c h ä r f: Das ist gedanklich und verwaltungsmäßig nicht möglich. Außerdem ist ein Heeresministerium überhaupt nicht zweckmäßig. Er versucht, den Vorschlag der ÖVP durch einige Fragen weiter zu klären.

R a a b erwidert ihm, daß sie auf dem Heeresministerium bestehen, aber wenn die gegenseitige Mitwirkung in Personalfragen, die als Entgegenkommen für die Sozialisten gedacht war, abgelehnt wird, dann sollen beide Ministerien gleich unabhängig sein.

S c h ä r f: Der Aufbau des Heeres kann nicht allein von einer Partei gemacht werden, denn wir haben Ihnen beim Aufbau der Polizei und Gendarmerie diese Mitsprache zugebilligt. Das Heeresministerium ist völlig überflüssig, denn mit dem gleichen Recht könnte man die Zollwache selbständig machen.

R a a b: Wir bieten Ihnen ja die Mitsprache an, verlangen aber ein eigenes Ministerium.

R a a b spricht immer wieder Helmer an, dem er seine gute Zusammenarbeit und seine Gewöhnung an Graf vorhält.

H e l m e r nimmt das von der lustigen Seite, sagt, er will Graf nicht weglassen und es brauche kein Heeresministerium gebildet werden, da diese Aufgaben im Bundeskanzleramt gut aufgehoben sind.

R a a b sagt, daß die ÖVP auf dem selbständigen Heeresministerium bestehen muß.

S c h ä r f: Alle Ihre Vorschläge sind bisher unabdingbare Forderungen gewesen.

R a a b: Der ÖVP-Vorschlag für das Heeresministerium ist der, daß es von der SPÖ abhängt, wie sie die Mitsprache will, wobei das gleiche für das Innenministerium zu gelten hat. Auf dem Heeresministerium besteht aber die ÖVP. "Ich kann diese Aufgaben nicht übernehmen und lasse mir die Heeressachen nicht aufreden".

S c h ä r f und W a l d b r u n n e r: Die Heeressachen wollen Sie nicht behalten, aber den Rundfunk, den Sie nicht haben, mit dem wollen Sie sich belasten.

R a a b: Der Rundfunk muß zum Bundeskanzleramt gelangen.

S c h ä r f: Sie verlangen immer Kompetenzen von uns.

K r a u s mischt sich in das Gespräch: Glauben Sie, daß wir welche abgeben werden ?

S c h ä r f: Nein, das verlangen wir nicht.

K a m i t z: Doch, Sie schlagen ja ein Außenhandelsministerium vor.

R a a b schneidet dieses Gespräch ab und verlangt wieder in direkter Ansprache an Helmer das Heeresministerium und die Kompetenzteilung mit dem Innenministerium. Er sagt Helmer auf den Kopf zu, daß die Entscheidung nur von ihm abhängt.

H e l m e r lehnt das entschieden ab und bleibt bei seinem Standpunkt, daß ein eigenes Heeresministerium überhaupt unnötig ist.

Es ist 18.40 Uhr geworden und Raab geht nunmehr über zu den Kompetenzfragen des Verkehrsministeriums. "Das Waldbrunner-Ministerium kann so nicht bleiben und das Heeresministerium muß kommen. Das ist ein loyaler Vorschlag der ÖVP".

S c h ä r f: Ich verstehe Sie nicht, denn wir sind nicht zum Befehlsempfang hierher gekommen.

R a a b: Als Beauftragter für die Regierungsbildung habe ich Ihnen Vorschläge zu machen. Die gemachten Vorschläge sind nicht auf weiteres Handeln abgestellt. Ich bin dazu da, das Wahlergebnis auszuwerten.

S c h ä r f, H e l m e r und J o n a s betreiten lebhaft, daß aus dem Wahlergebnis solche Forderungen abgeleitet werden können. Es werden die Kräfteverhältnisse und die Regierungsverhandlungen 1945, 1949 und 1953 von sozialistischer Seite vorgebracht.

R a a b erwidert schließlich darauf: "Ich kann nicht anders."

S c h ä r f: Bisher haben wir nur zu allen Punkten gehört: wir können nicht anders.

P i t t e r m a n n: Das ist eine Verhandlungstaktik, wo Sie anschaffen und wir gehorchen sollen.

R a a b lenkt ab und bringt ganz unvermittelt als nächsten Verhandlungspunkt die Zuständigkeit für die Sparkassen zur Diskussion. Er verlangt diese Zuständigkeit für das Finanzministerium.

H e l m e r: Das geht überhaupt nicht, denn das ist durch ein Gesetz geregelt und die innere Verwaltung der Sparkassen geht den Herrn Finanzminister gar nichts an.

**K a m i t z:** Die Sparkassen machen heute Bankgeschäfte und daher gehören sie zum Finanzministerium.

**P i t t e r m a n n** erwidert Kamitz: Sie wollen also das ganze Kreditwesen im Finanzministerium konzentrieren.

**S c h ä r f:** Sie zentralisieren mehr als das während der Nazizeit der Fall war. Soetwas können wir nicht annehmen.

**R a a b:** Was können Sie dann annehmen ?

**S c h ä r f:** Wir haben klar gesagt, daß Kompetenzverschiebungen aus sozialistischen Ressorts für uns nicht in Frage kommen.

**R a a b:** Wir können von dieser Forderung nicht abgehen. Vielleicht kann man die innere Verwaltung der Sparkassen beim Innenministerium lassen und die Kreditsachen zum Finanzministerium geben.

**K a m i t z:** Das geht nicht. Das Innenministerium hält sich nicht an die Verpflichtung des Einvernehmens mit dem Finanzministerium, Er nimmt Bezug auf eine Anleihesache einer Sparkasse, ohne näher darauf einzugehen.

**H e l m e r** leugnet eine solche Verweigerung des Einvernehmens.

**R a a b** und **K a m i t z** nehmen dieses angeblich mangelnde Einvernehmen zum Vorwand, die Kompetenz vom Innenministerium an das Finanzministerium zu übertragen.

**S c h ä r f** antwortet darauf: Sie können doch nicht wegen eines mangelnden Einvernehmens in einem einzelnen Falle deswegen gleich die ganze Kompetenz streitig machen. Übrigens ist zu beachten, daß auch bei den Banken eine mittelbare Bundesverwaltung, die eine Landeskompetenz vorsieht, durch die Verfassung gegeben ist. Es kann die ganze Kreditgesetzgebung unter Umständen umfallen.

**K a m i t z** gibt das zu. Dasselbe gelte auch vom Kreditlenkungsgesetz.

**P i t t e r m a n n** ergänzt die Aufzählung mit dem Devisengesetz und einer Reihe anderer.

Es ist 19.15 Uhr und

R a a b lenkt auf die Sicherheitsdirektionen über, nachdem in der Sparkassenfrage keine Einigung zustande kommt. Er fragt Helmer, wie lange sie noch aufrecht erhalten werden sollen ?

S c h ä r f antwortet, daß bei Abschaffung der Sicherheitsdirektionen der Bund in keinem einzigen Bundesland eine Vollziehungskompetenz in der Exekutive hätte. Wenn es keine Sicherheitsdirektion gibt, dann kann der Landeshauptmann z.B. der Gendarmerie den Auftrag geben, gegen Postautolinien einzuschreiten, wie das schon einmal der Fall gewesen ist.

Es kommt auch darüber zu keiner Einigung und

R a a b geht weiter zu der Kompetenzfrage des Verkehrsministeriums. Er wiederholt den ÖVP-Vorschlag auf ein Verkehrsministerium, das eingeschränkt auf Eisenbahn, Post und Energie sein soll.

S c h ä r f fragt, ob das Finanzministerium auch geteilt werden soll und ob dann die Sozialisten die Monopolbetriebe aus dem Finanzministerium bekommen ?

R a a b: Wir haben von Anfang an mitgeteilt, daß die Kompetenz beim Verkehrsministerium eingeschränkt werden soll.

S c h ä r f: Und wir haben von Anfang an mitgeteilt, daß wir das ablehnen.

R a a b: Um diese Frage sind die Wahlen geführt worden.

S c h ä r f: Nicht darum, sondern gegen Machtzusammenballungen. Deswegen kommt es lächerlich vor, daß nur die verstaatlichten Betriebe vom Verkehrsministerium weggenommen werden sollen, aber nichts mit den Betrieben des Finanzministerium vorgesehen ist.

K a m i t z: Die Betriebe des Finanzministeriums sollen entstaatlicht werden.

S c h ä r f: Dafür haben Sie keine Mehrheit bekommen.

K a m i t z: Wir können die Vorschläge der SPÖ nicht annehmen, da sie sogar Kompetenzeinschränkungen der ÖVP bringen.

P i t t e r m a n n: Die Wahlen sind für eine größere Kontrolle durch das Parlament geführt worden.

S c h ä r f: Wir haben für die verstaatlichten Betriebe Vorschläge über Organbestellungen und Kontrolle durch das Parlament gemacht, aber nicht nur für die Betriebe beim Verkehrsministerium, sondern auch für die beim Finanzministerium.

W e i n b e r g e r schaltet sich ein und sagt, daß diese Lösung für die ÖVP nicht möglich sei, da die Kompetenz nicht bei Waldbrunner bleiben kann. "Daran scheitern die Verhandlungen, wenn die SPÖ nicht zustimmt."

H e l m e r: Abgeschirrt soll er werden, das ist also die Forderung der ÖVP. Wir wollen, daß Organe bestellt werden, aber keine Kompetenzverschiebung eintritt.

R a a b: Diese Sache ist die Entscheidung der Wahl.

S c h ä r f: Sie haben ja auch erklärt, daß an der Verstaatlichung nichts geändert wird.

In der langen Diskussion über diese Frage werfen

M a l e t a und K ö c k Waldbrunner vor, daß er die Organbildung in den vergangenen Jahren bei wichtigen Unternehmungen immer wieder hinausgezögert habe und die ÖVP um ihre Mitbestimmung brachte.

S c h ä r f und W a l d b r u n n e r erwidern, daß die ÖVP die notwendige Neubildung der Organe bei den Banken seit 1953 einfach abgelehnt hat.

W a l d b r u n n e r geht auf den Vorschlag der ÖVP, eine Holding-Gesellschaft zu bilden, näher ein und erklärt, daß darnach ein Generaldirektor, der dem Parlament nicht verantwortlich ist, allein über die Organbildung bei den verstaatlichten Betrieben und über deren Geschäftspolitik entscheiden wird, da - wie die PVÖ anführt - bei Uneinigkeit im Vorstand dieser Holding die Bestimmung des Aktiengesetzes gelten soll, wonach allein die Meinung des Generaldirektors maßgebend ist. Jetzt liegt die Entscheidung in letzter Instanz beim Minister, der dem Parlament voll verantwortlich ist.

Es kommt auch in dieser Frage zu keiner Einigung.

Es ist 19.50 Uhr und

R a a b geht auf die Parlamentsfragen über.

R a a b und K ü c k sagen, daß die sozialistischen Vorschläge Bindungen enthalten, die weit über das gegenwärtige Ausmaß hinausgehen.

P i t t e r m a n n streitet das ab und sagt, die beiden Regierungsparteien müssen die Arbeit ihrer beiden Fraktionen aufeinander abstimmen, wenn sie in eine Koalition miteinander eingehen.

Man geht aber auf weitere Einzelheiten nicht ein.

R a a b will die Besprechung beenden. Er kommt noch einmal zum Verkehrsministerium zurück und sagt, beim Verkehr kann man noch reden, aber nicht bei den verstaatlichten Betrieben.

S c h ä r f erwidert ihm darauf, daß wir bei allen Punkten gehört haben, es müssen die Vorschläge der ÖVP angenommen werden und das können wir nicht.

Es ist 20 Uhr. Man einigt sich, die Besprechung zu beenden. Als nächste Sitzung wird Mittwoch, der 6. Juni 1956, 16 Uhr, vereinbart.